

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 11. 30. Jahrg.

16. März 1917.

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN,
STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN,
LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE U. VERW. BERUFE

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion:

Adolf Donnick, Berlin N 24, Elsaßstr. 86-88^{III}. Redaktionsschluß: Montag. Telefon: Amt Nordens 4268. Verlag: Otto Sillier, Berlin N 24. Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkeuditz, Augustastr. 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Postzeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

Inhalt:

Hauptteil: Die Krankheit im Steindruckgewerbe. Rundschau. Um gerechtere Lebensmittelverteilung. I. — **Allgemeines:** Nicht auf gesetzliche Rechte verzichten! Ortsberichte: Frankfurt a. M. I u. II, Hanau a. M., Stuttgart I. — **Die photomech. Fächer:** Schwachsinnige gesudht! — **Photogr. Mitarbeiter:** Das Schnellbild. — **Adressen-Änderungen.** Opfer des Krieges. — **Anzeigen.**

Die Krankheit im Steindruckgewerbe.

Der Verband der Lithographen, Steindrucker und verw. Berufe steht merkwürdigerweise in dem Verdacht, eine besondere heimliche Vorliebe für Streiks und große wirtschaftliche Kämpfe zu haben. Uns will scheinen, daß die Anschauung weniger in den Kreisen der Unternehmer, als in uns beruflich verwandten Arbeiterkreisen Geltung hat. Bis in unsere eigenen Mitgliederkreise trägt sich diese gefährliche Annahme fort. Wohl ist es richtig, die im Verhältnis zur gesamten Industrie kleine Gewerogruppe hat recht viele und auffällig schwere Kämpfe durchgemacht. Nun haben die wenigsten Menschen Lust, sich um die Ursachen solcher Kämpfe lange den Kopf zu zerbrechen. Sie sehen, hier raufen sich zwei Parteien, damit ist auch schon das Urteil gesprochen, das fast stets nach Heine dahin geht: »daß sie alle beide stinken«.

Unzählige Male haben wir auf einen merkwürdigen Gegensatz aufmerksam gemacht: hier eine Unternehmerorganisation, die seit ihrem Bestehen noch nirgends verstanden hat, sich auf längere Zeit hinaus mit den Gehilfen zu einem wirklichen scheinlich-friedlichen Ausgleich zusammenzufinden, und dort eine Gehilfenorganisation, die in mehreren ihr angeschlossenen Berufen mit den Unternehmern seit 13 Jahren in friedlicher Gemeinschaftsarbeit auskommt. Solche, für uns außerordentlich wichtige Kleinigkeit, wird leider gar zu leicht übersehen. Denn heute steht z. B. das junge Chemigraphiegewerbe dem älteren Steindruckgewerbe an Größe keineswegs allzuviel nach. Und doch ist es derselbe Gehilfenverband, der dort friedliche Gewerbepolitik treibt, während er im Steindruckgewerbe das Gegenteil davon nicht vermeiden konnte.

Und wieder ist es eine Tatsache, die mit der oberflächlichen Beobachtung durchaus nicht übereinstimmen will. Derselbe Dualismus, den wir eben aus den unsern Gesamtverband an geschlossenen Berufen feststellen mußten, ist ja auch im Steindruckgewerbe selbst vorhanden. Wieder ist es derselbe Verband, der mit einem keineswegs geringen Teil der Steindruckunternehmer Tarife abgeschlossen hat, der zum Teil schon seit langen Jahren mit diesen Firmen gewerbliche Friedensverträge aufrechterhält. Es kommt weiter hinzu, unser Verband hat sich seit dem Jahre 1901, bei der Gelegenheit seiner Generalversammlung in Halle a. S., für den Abschluß von Tarifen ausgesprochen, und zwar einstimmig. Und es war keineswegs ein platonischer Beschluß. Wer sich die Mühe nehmen will, die entsprechenden Jahrgänge der »Graphischen Presse« durchzublätern, der wird finden, mit welcher Liebe und mit welchem Eifer die Gehilfen versuchten, diesen Beschluß zur Wirklichkeit werden zu lassen.

Freilich gab es damals und gibt es noch heute in den Gewerkschaften kleine Minderheiten, denen der Streik fast als Selbstzweck gilt. Doch weder damals noch heute haben diese Gruppen entscheidenden Einfluß auf die Haltung der Gesamtkollegenschaft gewinnen können, im Gegensatz zur Unternehmerorganisation. Wie ernsthaft die Gehilfenorganisation ihr Ziel verfolgte, beweisen die Jahre, die jener Generalversammlung folgten. 1903 finden wir die beiden Tarifabschlüsse für das Chemigraphie- und Kupferdruckgewerbe und der für das Lichtdruckgewerbe. Beides Tarife, die heute noch bestehen und sich gut bewährt haben. Dann folgte die Einreichung der Tarifvorlage für das Steindruckgewerbe an den Verein Deutscher Steindruckereibesitzer in Leipzig und an die Vereinigung Chromolithographischer Kunstanstalten in Berlin. Hier erfolgte die erste bittere Enttäuschung auf dem so viel versprechenden Wege. Die Unternehmer lehnten auf ihrer Generalversammlung die Verhandlung über die Vorlage ab. Aber im Herbst 1904 kam der Tarifabschluß der Notendrucker in Leipzig dazu.

Unter dem Druck erfolgreicher Kleinkämpfe vollzog sich im Verein Deutscher Steindruckereibesitzer eine bedeutsame Wandlung. Auf seiner Generalversammlung in Nürnberg im Juni 1905 sprach Herr Fettback aus Hannover über die Notwendigkeit tariflicher Verständigung mit den Gehilfen. Er stellte dabei Forderungen auf und gab Gedanken zum besten, die wir gern noch einmal der Vergessenheit entreißen möchten. Er sagte dort u. a.: »Die Arbeitszeit betreffend herrschen dort, wo die Organisation unserer Gehilfenschaft bislang versagt hat, ganz unregelmäßige und ordnungswidrige Zustände. — Hat die Staatsregierung durch die Einrichtung der Gewerbegerichte den Arbeitgeber und Arbeitnehmer als Richter gleichgestellt, so ist heutzutage derjenige Betriebsunternehmer in seiner Lebensauffassung rückständig geblieben, der einem parlamentarischen Verhandeln zwischen diesen beiden Teilen nicht zugänglich ist.« — Er fordert darum: »Volle und rückhaltslose Anerkennung unserer Gehilfenorganisationen. Damit verbunden ist die Tarifgemeinschaft.« Und dann die nach längerer Beratung angenommene Resolution: »1. Der Vorstand hält es für wünschenswert, allgemeine Vereinbarungen von Arbeitsbedingungen im gesamten Steindruckgewerbe zur Durchführung zu bringen. 2. Die Versammlung ermächtigt den Vorstand, gegebenenfalls zu veranlassen, daß die unter Ziffer 1 bezeichneten Vereinbarungen durch Beratungen von Vertretern der Gesamtheit der Prinzipale und Gehilfen zustande kommen.« — Dieser Beschluß datiert aus dem Juni des Jahres 1905. Einige Monate darauf wäre es trotzdem um ein Haar zum ersten Kampfe in Berlin gekommen. In den drei größten Firmen am Orte reichten die Gehilfen tarifliche Forderungen ein, über die zu verhandeln die Unternehmer ablehnten. Erst kurz vor Ablauf der Kündigungen kam es zu Verhandlungen und zu einer losen Vereinbarung.

Wir könnten den Faden noch lange weiter-spinnen. Es ist eine wenig erfreuliche Ge-

sichte. Wie der Verein Deutscher Steindruckereibesitzer mit den Vorschlag an den Verband trat, eine Tarifgemeinschaft ähnlich derjenigen des Buchdruckgewerbes zu errichten, wie auch dieser Versuch scheiterte, und wie dann der Schutzverband gegründet wurde, der der Berliner Unternehmerschaft die Herrschaft brachte, das und die damit verbundene gänzliche Frontänderung der Unternehmer bildet eine lange Schmerzenskette, nicht nur für die Gehilfenschaft des Gewerbes. Enorme Verluste haben die erbitterten Kämpfe auf beiden Seiten gekostet. Verluste, die das Kopfschütteln bei den Unternehmern der uns verwandten Berufe hervorgerufen haben, die mit Leichtigkeit hätten vermieden werden können, wenn man der Gehilfenschaft das Maß von Anerkennung gezollt hätte, das andere Gewerbe ihren Gehilfen längst zuerkannt haben.

Die letzten schweren Kämpfe im Jahre 1911/12 haben im Kreise unserer Kollegen bittere Kritik gefunden. Besonders bei Kollegen, die selbst unter tariflichen Verhältnissen arbeiten durften. Ihnen fiel es schwer die Zusammenhänge und die innere Notwendigkeit dieser Kämpfe zu erfassen. Das ist menschlich verständlich. Aus diesen Erwägungen heraus sammelte Kollege Haß im Auftrage des Hauptverbandes *das ganze geschichtliche Material über die Lohnkämpfe 1911/12 im Lithographie- und Steindruckgewerbe und über ihre Vorgeschichte*. Zum 1. Male haben wir hier eine reiche Materialsammlung über diese und ältere Vorgänge. Mögen doch alle die, die ganz besonders unter den Wirkungen des Krieges zur kritischen Beurteilung der taktischen Haltung der Organisationsleitung geneigt sind, sich einige Stunden der Muße gönnen, diese Schrift zu lesen. Den jüngeren Kollegen öffnet sich darin eine Quelle wirtschaftlicher Belehrung. Aber auch die Kollegen, die selbst unter günstigeren Verhältnissen arbeiten dürfen, wird das Buch zu nachdenklicher Betrachtung anregen. Es wird ihnen zeigen, daß zu einer friedlichen Gewerbepolitik leider 2 Parteien gehören. Die von bester Einsicht getragenen Beschlüsse und festerer Wille bringen nur Erfolg, wenn eine ähnliche Einsicht auch bei der Gegenpartei vorhanden ist. So empfehlen wir die Schrift allen Kollegen in der Erwartung, daß sie zu einer sachlichen Beurteilung unserer bisherigen Organisationsarbeit beitragen möge. Ihre ruhige leidenschaftslose Darstellung ihr reiches Aktenmaterial wird keinem die aufgewendete Mühe bereuen lassen.

Hoffen wir, daß es die letzten Kämpfe sein mögen, die die schwer geprüfte Gehilfenschaft des Steindruckgewerbes um ihre Gleichberechtigung hat führen müssen. Dem durch den Krieg so arg mitgenommenen Gewerbe tut nichts dringender Not als eine recht lange Friedensperiode im Innern. Sie kann aber nur erreicht werden, wenn das Programm bei den Unternehmern Geltung erlangt, daß, wie oben angeführt der Verband der Gehilfen seit 1901 konsequent verfolgt, das aber auch Herr Fettback im Jahre 1905 für die Unternehmer aufstellte: Anerkennung der Gehilfenorgani-

sation durch Tarifgenossenschaft. Leider war dieses Programm im Lager der Unternehmer wieder in Vegeessenheit geraten. Durch die Vorherrschaft der Berliner Richtung trat die gegensätzliche Taktik in Aktion, die nach Nr. 1 des »Deutschen Steindruckgewerbes« im direkten Gegensatz dazu: »die Gehilfenschaft heißt jeden Tarifvertrag willkommen, weil er der Gewerkschaft Gelegenheit bietet, ihren Kriegsfond zu stärken . . . « Nein mit solchen Grundsätzen kann das Gewerbe nicht gesunden. Wohl aber, wenn das Programm in Unternehmerkreisen allgemeine Anerkennung findet, daß im Januar 1915 ebenfalls im Deutschen Steindruckgewerbe seinen Ausdruck fand: »Die deutschen Arbeitgeberverbände und ihre Mitglieder haben stets betont, daß zwischen ihnen und ihrer Arbeiterschaft eine Interessensharmonie besteht und werden diesen Standpunkt auch nach dem Kriege und zweifellos noch mehr als bisher betonen. An den Arbeitgebern soll es nicht liegen, daß auch nach Beendigung des Krieges der Burgfrieden weiter besteht«.

Rundschau.

Ersatzkräfte in Buchbindereien. Das Tarifamt des Verbandes Deutscher Buchbindereibesitzer und des Deutschen Buchbinderverbandes hat unter dem 1. März 1917 über die Beschäftigung Ungerlernter und Frauen mit Gehilfenarbeit folgende Grundsätze aufgestellt: »Ungerlernte Arbeiter, welche Gehilfenarbeit verrichten, haben sowohl bei Beschäftigung im Akkord als auch im Zeitlohn Anspruch auf die den Gehilfen zustehenden Löhne. Während der Dauer des Krieges können auch Arbeiterinnen ausnahmsweise mit Gehilfenarbeiten beschäftigt werden, wenn männliche Arbeitskräfte nicht erhältlich sind. Bei Akkordarbeiten ist der im Lohnarif für Buchbinderarbeiten für Gehilfen vorgesehene Lohn auch den Arbeiterinnen zu zahlen, wobei noch zu beachten ist, daß Übergang von Akkord- zu Lohnarbeit dann nicht zulässig ist, wenn damit den Arbeiterinnen günstige Akkordpositionen umgangen werden sollen. — Hierauf folgt die Festsetzung des Mindestwochenlohnes für Arbeiterinnen auf 16,50 Mk. ohne Lokalzuschlag.

Wieder eine sogenannte Gewerkschaftserpressung. Aus dem Betriebe eines Ingenieurs in Leipzig war ein Arbeiter ohne Einhaltung der Kündigungsfrist ausgetreten. Der Betriebsinhaber hatte sich an den Arbeitsnachweis des Verbandes der Maschinisten und Heizer gewandt und auch Ersatz zugewiesen bekommen. Aber auch dieser Maschinist ging wieder ohne Kündigung und der Arbeitgeber klagte nun vor dem Gewerbegericht auf Schadenersatz. Der Verhandlung wohnte auch der Leiter der Leipziger Zahlstelle, Wilhelm Bormann bei, der zu dem Betriebsinhaber sagte: »Wie kommen Sie zu der Klage? Ich habe Ihnen doch Ersatz geschafft! Wenn Sie so weiter klagen, werde ich über Ihren Betrieb die Sperre verhängen!« Der Ingenieur hat seine Klage gegen den Arbeiter zurückgezogen, aber gegen Bormann Anzeige wegen Erpressung erstattet. Während das Schöffengericht den Angeklagten Bormann freigesprochen hat, verurteilte ihn das Landgericht auf von der Staatsanwaltschaft eingelegte Berufung wegen vollendeter Erpressung zu einer Gefängnisstrafe von zwei Monaten. Durch dieses Urteil, sagt die Dresdener »Volkszeitung«, sind die früheren Versuche, mit den Erpressungsparagraphen in die gewerkschaftlichen Kämpfe zugunsten der Unternehmer einzugreifen, auch in der Kriegszeit in aufsehenerregender Weise fortgesetzt worden. Es wäre äußerst bedauerlich, wenn dieser Spruch bestehen bleiben und dadurch die Meinung bei der organisierten Arbeiterschaft erzeugt würde, daß die seitherige, vielfach als Unrecht empfundene Justiz gegen organisierte Arbeiter wieder Platz greifen sollte.

6-Uhr-Ladenschluß in Hamburg. Nach einer Verfügung des stellvertretenden Generalkommandos des 9. Armeekorps müssen in Hamburg ebenso wie in Altona sämtliche Läden mit Ausnahme derjenigen, in denen Lebensmittel verkauft werden, und der Apotheken, an sämtlichen Wochentagen außer Sonnabend, um 6 Uhr geschlossen werden.

Aus dem Auslande.
Tariffbewegungen der norwegischen Lithographen. Der Landestarif für die Städte Christiania, Bergen und Stavanger ist zum 15. März gekündigt worden. Betroffen hiervon sind 450 Arbeiter. Die zwischen dem Lithographenverbande und den Arbeitgebern geführten Verhandlungen waren bisher ohne Erfolg.

Drohender Riesenkampf bei den schwedischen Eisenwerken. Einer der wichtigsten Industriezweige Schwedens — die Eisenindustrie — steht in Gefahr jahmgelegt zu werden. Der im Jahre 1908 getroffene und dann jährlich erneuerte Kollektivvertrag wurde von den Arbeitern zum 31. Dezember gekündigt. Die bis zu diesem Tage geführten Verhandlungen scheiterten an der ablehnenden Haltung der Arbeitgeber, worauf die

Sektionen des schwedischen Metallarbeiterverbandes einzeln bei den verschiedenen Eisenwerken um Lohnerhöhungen einkamen. Auch hier erhielten sie ein schroffes Nein als Antwort, trotzdem die Eisenwerke in den letzten Jahren ungeheure Gewinne gemacht haben. Zur Durchführung ihrer berechtigten Forderungen beschlossen dann die Arbeiter mit Genehmigung des Verbandes, nach und nach die Arbeit einzustellen. Die Arbeiter der Eisenwerke Domnarvet — 2400 an der Zahl — sollten am 6. und die Arbeiter der Fagersta Werke am 8. d. Mts. in den Ausstand treten. Die Arbeiter der übrigen Eisenwerke sollten allmählich folgen, sodaß der Konflikt annähernd 25.000 Arbeiter umfassen würde. Einer anderen Meldung zufolge, versuchte der Minister des Innern noch in letzter Stunde den Konflikt zu beseitigen bzw. verschieben. Er hielt mit den Vertretern beider Parteien und dem Schiedsrichter eine Zusammenkunft ab, wobei der Minister die Wiederaufnahme der Verhandlungen vorschlug, die zum 17. März beendet sein sollen.

Um gerechtere Lebensmittelverteilung.

Unter dem 21. Februar haben die verschiedenen deutschen Gewerkschaftsgruppen gemeinsame Eingaben dem Reichskanzler und dem Präsidenten des Kriegsernährungsamts unterbreitet. Wir geben den Wortlaut beider Eingaben wieder, weil wir sowohl die scharfe Kritik als auch die darin enthaltenen Vorschläge im Interesse der arbeitenden Bevölkerung liegend erachten. Die ausführlichere Eingabe an den Präsidenten des Kriegsernährungsamtes lautet:

Euer Exzellenz!

Die Lebensmittelversorgung in Deutschland spitzt sich, je länger der Krieg dauert, immer mehr zu. Die Verteilungspolitik folgt dieser Tatsache nur unzureichend, so daß sich in den Kreisen der minderbemittelten Bevölkerung, besonders der Arbeiter und Angestellten, eine wachsende Erregung bemerkbar macht, die für die weitere Entwicklung unserer Landesverteidigung und Kriegswirtschaft nicht unbeachtet bleiben kann. Diese Erregung wendet sich nicht gegen die Tatsache, daß infolge der sich schwieriger gestaltenden Erzeugung die Vorräte an Lebensmitteln immer knapper werden, denn damit muß bei weiterer Fortdauer des Krieges gerechnet werden; wohl aber nimmt sie Anstoß an der Art der Verteilung, die den berechtigten Widerspruch der darunter leidenden Volksschichten herausfordert muß.

Diese Verteilung entbehrt der strengen und gerechten Ordnung, die in der gegenwärtigen Lage der deutschen Bevölkerung unbedingt gefordert werden muß. Sie begünstigt solche Schichten die ohnehin keinen Mangel an Nahrungsmitteln leiden, und ermöglicht es wohlhabenden Kreisen, sich für Geld ausreichende Lebensmittel zu verschaffen zum Schaden der ärmeren Volksschichten. Wissenlose Elemente unter den Erzeugern wie unter den Verbrauchern finden sich täglich zusammen, um wegen eines erhöhten Gewinnes oder Genusses das deutsche Volk um einen Teil seiner Nahrung zu betrügen, und die im Kriegsernährungsamt konzentrierte Staatsgewalt ist nicht imstande, diese fortgesetzten Verbrechen an der Nation wirksam zu verhindern, weil einzelne bundesstaatliche Regierungen jeden tieferen Eingriff in die landwirtschaftliche Ernährungswirtschaft verhindern. Vor allem ist es das preußische Landwirtschaftsministerium, das sich schützend vor die privatwirtschaftlichen Ansprüche der Landwirte stellt und diesen eine Ausnützung der Lebensmittelnot des deutschen Volkes sichert, die das Reich in die größten Gefahren bringen muß. Es muß ausgesprochen werden, daß der preußische Landwirtschaftsminister als der Mittelpunkt aller Widerstände in der Lebensmittelversorgung betrachtet werden muß, dessen Wälten mit einer gesunden, ausgleichenden Regelung der Volksernährung im Kriege absolut unvereinbar ist. Bundesstaatliche Schranken, Rücksichtnahme auf die Erzeuger und Scheu vor schärferen Kontrollmaßnahmen müssen dazu dienen, die Wege offenzuhalten, auf denen die Durchführung unserer Ernährungswirtschaft vereitelt und ihr Ansehen in allen Volksschichten zum Gespött gemacht wird.

Die Arbeiter und Angestellten, die allezeit ihre Kräfte in den Dienst der Landeswohlfaht und Kriegswirtschaft gestellt haben, und deren Vertretungen über die Stimmungen unseres Volkes wohl unterrichtet sind, müssen gegen die Fortdauer dieser Zustände lebhaften Einspruch erheben und eine Neuordnung der Ernährungsverhältnisse verlangen, die für eine gerechte, aber auch strenge Durchführung der Verteilung der zur Verfügung stehenden Nahrungsmittel bürgt.

Vor allem hat sich hinsichtlich der mit der Kartoffelversorgung gemachten Erfahrungen große Enttäuschung aufgehäuft. Die im Widerspruch zu dem starken Andrang von Frühkartoffeln im Sommer 1916 stehende schlechte Ernte in Winterkartoffeln im Herbst gleichen Jahres gibt der Vermutung Raum, daß dieser Ernteausfall nicht bloß, auf die Ungunst natürlicher Verhältnisse zurückzuführen ist, sondern auch auf Einschränkung der Anbauflächen und auf schlechte Bewirtschaftung. Ein solches Ergebnis mußte aber unter allen Umständen

vermieden werden, wenn die Volksernährung nicht in Frage gestellt werden soll. Die vorhandene Knappheit allein auf die Minderernte, auf genügende Transportverhältnisse und auf Erschwerung der Erntearbeiten zurückzuführen, begegnet berechtigten Zweifeln. Es ist der Verdacht nicht von der Hand zu weisen, daß der Ernteausfall geringer angeben worden ist, um größere Mengen von Kartoffeln der Menschennahrung zu entziehen und für Futterzwecke zu reservieren, was mangels der Sicherung der Kartoffelmieten vor eigenem Nutzen Eingriffen leicht möglich ist. Die Preisaufschläge für eingewinterte Kartoffeln, die am 18. Februar 1917 in Kraft treten sollten, waren geeignet, zur Zurückhaltung anzureizen und die weitere Winterversorgung zu stören. Deshalb müssen Maßregeln getroffen werden, die die rechtzeitige Zuführung der benötigten Kartoffelmengen in die Städte unter allen Umständen sichern.

Vor allem müssen die unterzeichneten Organisationen gegen jede weitere Herabsetzung der Kartoffelrationen ihre warnende Stimme, und gegen jede weitere Erhöhung der Preise für Speisekartoffeln energisch Widerspruch erheben. — Es ist sobald als irgend möglich eine Bestandsaufnahme an Kartoffeln durchzuführen und, sofern deren Ergebnis dies als nötig erscheinen läßt, ein Verfüterungsverbot von Kartoffeln für Schweine zu erlassen und mit wirksamen Maßnahmen durchzuführen.

Auch die Brotversorgung, die in den ersten Kriegsjahren sich bewährt hat, abgesehen von ungedrehten ertlichen Preisunterschieden, hat Schwierigkeiten gezeitigt, die durch den Mangel an Streckungsmitteln nicht genügend erklärt werden. Denn im Widerspruch damit steht die überhandnehmende Erzeugung an Weißbrot und Kuchen, die durch höhere Gewinne begünstigt wird. Wir wenden uns dagegen, daß eine Abhilfe in der Verkürzung der Brotationen gesucht wird, bevor alle anderen Mittel strenger Vereinheitlichung der Brotversorgung erschöpft sind. Die Forderung, daß die Verwendung von Getreide, das für Brotstreckung in Betracht kommt, für Genußmittel und Futterzwecke tunlichst eingeschränkt wird, ist hierbei zu berücksichtigen. Gegenüber dem Ausfall von Kartoffeln macht sich in der Bevölkerung ein stärkeres Bedürfnis nach Nahrungsmitteln aus Gerste und Hafer geltend, dem wir nach Möglichkeit Rechnung zu tragen ersuchen.

Die Obst- und Gemüseversorgung war ebenfalls völlig unbefriedigend; sie litt nicht unter schlechten Ernteergebnissen, sondern unter mangelhafter Organisation gegenüber der starken Nachfrage, die den Gewinnabsichten der Erzeuger in die Hand arbeitet. Die Lieferungsverträge der Städte wurden vielfach durchkreuzt durch die Heeresverwaltung oder Konservenfabriken, und so wurde die Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Gemüse und Marmeladen zu erschwinglichen Preisen gehindert.

Die Fleischversorgung krankt in erster Linie an der monopolartigen Stellung der Erzeuger und Fleischhändler in den Viehandelsverbänden, denen die Gemeinden und Verbraucher fast widerstandslos ausgeliefert sind. Die Organisation der Viehandelsverbände bedarf nach den seither gemachten Erfahrungen einer Neuregelung, bei der auch deren hohe Verdienste entsprechend zu kürzen sind. Dies ist um so notwendiger, als den Städten durch den preußischen Landwirtschaftsminister verboten worden ist, sich durch den Abschluß von Mastverträgen billiges Vieh zu beschaffen. Die Fleischpreise haben eine Höhe erreicht, die Fleisch und Fett für einen großen Teil der Bevölkerung unerschwinglich machen. Das ist aufs tiefste zu beklagen in einer Zeit, in der die Landesverteidigung die denkbar höchsten Anforderungen stellt, und bedarf einer Regelung, die vor keiner irgendwie gearteten Protektion zurückschreckt.

Hinsichtlich der Milch steht es zweifellos fest, daß die ländliche Bevölkerung, wenn auch keinen Überfluß, so doch solche Mengen zur Verfügung hat, daß die städtische Bevölkerung damit besser versorgt werden könnte. Es ist nicht zu ertragen, daß hier Kindern und Kranken die Milch versagt werden muß, während solche auf dem Lande nicht bloß reichlicher als sonst verbuttert, sondern auch verfürtert wird. Jede Verzögerung der Reichsbewirtschaftung der Milch, die mit strenger Ablieferungspflicht der benötigten Mengen und strenger Rationierung beginnen muß, bedeutet eine Gefahr für die Volksgesundheit.

Die Eierversorgung ist durch die Massenzuführung von geschlachtetem und für die Schlachtung bestimmtem Geflügel zu den städtischen Märkten im vorigen Herbst stark gefährdet worden. Die Eierpreise bis zu 50 Pf. und mehr pro Stück sind das Ergebnis dieser Art Ernährungspolitik. Nur eine Förderung der Geflügelhaltung durch Überweisung der benötigten Futtermengen, die mit der Eierablieferung in engem Zusammenhang zu bringen ist, kann diese Verhältnisse bessern.

In der Versorgung mit Fischen vermissen wir vor allem eine systematische Erschließung der Bestände an Süßwasserfischen unserer Binnenwasserläufe für die Volksernährung. Auch sind Maßregeln dagegen nötig, daß die geringen verfügbaren Mengen an See- und Flußfischen von den Konservenfabriken angekauft und weiterverbreitet werden und erst zu ungemessenen Preisen wieder an die Verbraucher gelangen.

Die Zuckerzeugung muß mehr dem Bedürfnis angepaßt werden und bei den unzureichenden Mengen, die gegenwärtig der Bevölkerung zugänglich gemacht werden, ist das Sparen mit Süßstoffen nicht mehr an Platze.

Worauf ganz besonders Gewicht zu legen ist, ist die Herbeiführung einer vernünftigen Preisrelation zwischen den verschiedenen Lebens- und Futtermitteln. Die heutige Höchstpreisordnung ist nicht das Ergebnis vernünftiger Abwägung, sondern hat sich aufgebaut auf einer wilden Preisentwicklung, teilweise auch auf politischen Gesichtspunkten. So ist es möglich gewesen, daß die Preise für einzelne Produkte, zum Beispiel für Brotgetreide, um zirka 30 Proz., dagegen für Hafer und Gerste zeitweise fast bis zu 100 Proz. und darüber gestiegen sind. Daraus ergibt sich eine andauernde Gefahr für Zurückhaltung der billigeren Produkte und der Anreiz zur Verfüterung weil, wenn in Fleisch umgesetzt, der Verdienst ein weit höherer ist. Ferner auch, daß die lohnender erscheinenden Produkte vorzugsweise angeboten werden. Auch von landwirtschaftlicher Seite sind Bestrebungen für die Herbeiführung einer derartigen Preisrelation laut geworden. Sie bewegen sich jedoch in der Hauptsache nach der Richtung, die ihnen zu niedrig erscheinenden Preise zu den höchsten hinaufzuziehen. Dagegen muß entschieden Protest eingelegt werden. Preise wie für Hafer, Gerste, Hülsenfrüchte, Fleisch usw. lassen sich nicht mit vorhandenen Produktionskosten rechtfertigen, sondern sind Kriegskonjunkturpreise, die auf der Notlage des Volkes sich aufbauen. Wir fordern eine Preisrelation, die sich aufbaut auf tatsächlichen Produktionskosten plus angemessenen Verdienst. Jeden Konjunkturgewinn, den die breite Masse zu tragen hat, und der ihr das Durchhalten fast unmöglich macht, müssen wir entschieden ablehnen.

Wenn im Vorhergehenden auf die einzelnen Mißstände näher eingegangen wurde, so darf dies nicht von der Hauptsache des Mißerfolges auf dem gesamten Gebiete der Kriegsernährung ablenken, die wir in der unzureichenden Organisation, vor allem des Kriegsernährungsamtes selbst erblicken. Dieses Amt ist zwischen die durch die Bundesregierungen repräsentierte Zivilverwaltung und die Heeresverwaltung gestellt und kann nur Regeln und Verordnungen aufstellen, auf deren Durchführung es aber keinen oder nur ungenügenden Einfluß hat. Seine Pläne sind von dem durch die Landesregierungen gelieferten, meist unzureichenden Informationsmaterial, seine Beschlüsse von der Ausführung der oft widerwilligen einzelstaatlichen Verwaltungsorgane abhängig und überdies greift die Heeres- und Marineverwaltung oft zwischen die besten Dispositionen mit rauher Hand dazwischen und macht ein mühsam aufgebautes Versorgungswerk zuschanden. Wenn man auch gern zugeben will, daß Heeresversorgung vor Zivilversorgung gehen muß, so verträgt sich dieses Verhältnis nicht mehr mit einer gesteigerten Heranziehung der Zivilbevölkerung, wie sie die Durchführung des Hilfsdienstgesetzes erfordert. Deshalb ist eine Organisation des Kriegsernährungsamtes vonnöten, die dieses in unmittelbare Verbindung mit dem Kriegsamte, dem die Heeresversorgung obliegt, bringt, und es zugleich den hindernden Einflüssen einzelner Bundesregierungen entzieht, — eine Organisation, die die weitreichenden Befugnisse der militärischen Behörden auch für die Sicherung des Lebensmittelbedarfs der Zivilbevölkerung nutzbar macht.

Die provinziellen und Kreiswirtschaftsräte, die das Kriegsamte neuerdings ins Leben gerufen hat, erscheinen uns durchaus geeignet, auch für die Aufgaben des Kriegsernährungsamtes, soweit es sich um die Herbeiführung einer strengen Rationierung und Verteilung, sowie um die Sicherstellung der ausreichenden Ablieferung von Lebensmitteln auf dem Lande handelt, in Anspruch genommen zu werden. Die diesen Stellen übertragenen Funktionen hinsichtlich der Förderung der Erzeugung sollen nicht geschmälert werden. Notwendig ist aber ein schärferes Zugreifen durch eine behördliche Organisation, die weitverzweigt und unabhängig genug ist, um sich Beachtung zu erzwingen.

Schließlich möchten die unterzeichneten Organisationen ihrer Überzeugung Ausdruck geben, daß dem Beirat des Kriegsernährungsamtes ein größerer Einfluß auf die Maßnahmen dieses Amtes eingeräumt werden muß. Dieser Beirat ist bisher nur zweimal berufen worden und wurde stets vor Situationen gestellt, an denen alles Beraten nichts mehr ändern konnte. In solcher Stellung muß den Beratern das Gefühl der Überflüssigkeit aufkommen und ihnen die Mitarbeit verleidet. Wir glauben, daß in einer öfteren Berufung des Beirats und in einer größeren Beteiligung an den vorbereitenden Arbeiten, wie an der Kontrolle, der Weg gefunden werden kann, um dem Kriegsernährungsamt einen besseren Zusammenhang auch mit der Bevölkerung zu sichern.

Die deutschen Gewerkschaften und Angestelltenverbände möchten auf das nachdrücklichste davor warnen, in der Frage der Kriegsernährung die Dinge so weiter gehen zu lassen. Die Folgen könnten unabsehbar werden. Die vertrauensvolle Mitarbeit, die sie bei der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes übernommen haben, gibt ihnen ein besonderes Anrecht, darüber zu wachen, daß dieser Zweck nicht durch eine fortdauernde, lässige

Auffassung und Ausführung der hinsichtlich der Kriegsernährung gegebenen Pflichten gänzlich in Frage gestellt wird.

Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Nicht auf gesetzliche Rechte verzichten!

Als 1914 der Weltkrieg ausbrach, verlor alles den Kopf und so auch 48 Kollegen in der Firma Wiedemann'sche Drucker, A.-G., Saalfeld a. S. Diese Kollegen verzichteten auf die ihnen gesetzlich zustehenden Löhne für vierzehn Tage Kündigungsfrist, als sie sofort entlassen wurden. Der Verband hätte damals viel Unterstützung ersparen können. Wie unsern Kollegen trotz ihres Verzichts seitens der Unternehmer gedankt wurde, zeigte sich schon bei Feiertagsentschädigungen, die man zu kürzen versuchte. Aber es sollte noch »besserkommen. Im Februar 1917 trat in derselben Firma Kohlenmangel ein, und die zehn noch arbeitenden Kollegen mußten aussetzen. Leider hatten sie sich nicht über die Bezahlung der Zeit vergewissert. Sie wurden von einem Tag auf den anderen vertrieben, bis schließlich nach acht Tagen der Ortsvorsitzende zu einer Geschäftsversammlung zugezogen wurde. Dieser schrieb auf Beschluß der Kollegen ein kurzes Schreiben wegen Lohnentschädigung an die Firma und sämtliche Kollegen unterzeichneten sich. Als das Schreiben übergeben wurde, war man erst über den »Privatmann« (Vorsitzenden) erregt, versprach aber noch einmal Rücksprache zu nehmen. Am anderen Tage wurden den Wiedervorstelligen zwanzig Mark pro Mann und Woche bewilligt. Die Kollegen erklärten sich damit einverstanden, trotzdem sie auf volle Lohnentschädigung Anspruch hatten. Als für die erste Woche die Entschädigung ausbezahlt wurde, bekamen wohl die Drucker die versprochenen zwanzig Mark, aber nicht die Lithographen. Diese mußten erst nochmal vorstellig werden und bekamen dann bei der zweiten Auszahlung nachbezahlt. Den Kollegen möge dieser Fall wieder eine Lehre sein, in Zukunft vorsichtiger und weniger bescheiden zu sein. Erstens aus den »paar Tagen« aussetzen sind vierzehn Tage geworden, und zweitens wäre wohl ohne Verband überhaupt nichts bezahlt worden. Ein Kollege beging auch noch die Unvorsichtigkeit und Übereiltheit, zwischen dem ersten und zweiten Tag der Verhandlungen fortzugehen und erhielt also die zwanzig Mark auch nicht. Die Firma, welche 1914 von 48 Kollegen die vierzehn Tage Lohn ersparte, hätte jetzt leicht den zehn Kollegen die volle Zeit des vierzehntägigen Aussetzens entschädigen können. Dazu gehörte allerdings, daß die Firma fester an ihr Recht als an ihre Stellung gehalten hätte.

Ortsberichte.

Frankfurt a. M. I und II. Unsere Jahresgeneralversammlung am 23. Februar tagte leider noch unter dem Zeichen des Krieges. Der im vorjährigen Bericht ausgedrückte Wunsch, daß bald der Friede einkehren möge, ist nur Wunsch geblieben und wenig oder garnichts deutet darauf hin, daß dieses mörderische Hinschlachten der Menschheit, einem baldigen Ende entgegen geht. Schwere haben wir innerhalb der Organisation durchgemacht und werden es für die Folge auch zu überstehen haben; aber wir können heute behaupten, daß es dem Verband gelungen ist trotz aller Stürme durchzuhalten. Nach einem sehr lehrreichen Referat mit Lichtbildern von Herrn Dr. Kahn über »Chemie und Krieg«, gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Zunächst über die erhöhten Teuerungszulagen im Chemigraphiegewerbe. Diese sind wohl gewährt worden, aber nicht im Sinne des Tarifausschusses der diese Zulagen, ab 31. Dezember rückwirkend beschlossen hatte. Die hiesigen Unternehmer nehmen den Standpunkt ein, daß die Teuerungszulagen nach wie vor freiwillige sind und haben die erhöhte Zulage erst vom 1. Januar 1917 bewilligt. Dagegen gab die Beschäftigung von Frauen im Chemigraphiebetrieb Anlaß zur Klage, weil auch diese nicht im Sinne des Tarifausschusses durchgeführt werden. Redner führt einige recht krasse Verstöße aus verschiedenen Firmen an, die große Erregung in Kollegenkreisen hervorgerufen haben. Über diese Fälle soll dem Tarifausschuss Mitteilung gemacht werden. Die Tätigkeit der Verwaltung war im letzten Jahr äußerst rege, wenn auch die Versammlungen auf das unumgänglich Notwendige reduziert wurden. Immer wieder stand im Vordergrund, die Erhöhungen der Teuerungszulagen, dem die Versammlungen mit der Gründung des Arbeitgeberarbeitsnachweises, dem Hilfsdienstgesetz und der Erhöhung des Lokalbeitrages folgten. Die immer noch nicht erhöhte Krankenunterstützung beschäftigte die hiesige Kollegenschaft fortgesetzt. Jetzt dürfte wohl doch diesem allgemeinen Wunsche bald Rechnung getragen werden. Der Vortragende berichtete dann über die zum Militärl eingezogenen und gefallenen Kollegen. Der Mitgliederbestand betrug am 1. Januar 1917, 103 Kollegen. Die Einnahmen betragen 6305 Mk., die Ausgaben 2837 Mk.

An die Hauptkasse konnten 3430 Mk. gesandt werden. — Die Lokalkasse mit ihrem kleinen wöchentlichen Beitrag von 10 Pfennigen hat Gutes geleistet. Die Einnahme betrug 1925 Mk., die Ausgabe 2200 Mk. Die gesamte Summe kam den Frauen unserer eingezogenen Kollegen zu gute, ebenso Urlaubern. Auch die politischen Differenzen in der Arbeiterpartei wurden behandelt und lebhaft bedauert, weil uns und den Gewerkschaften im besonderen, der gewesene Rückhalt verloren geht. Gewünscht muß aber werden, daß auch der hier gemachte Versuch, zu spalten, aus unserer Organisation fern gehalten wird. — In der Diskussion wird allgemein gewünscht, die Krankenunterstützung zu erhöhen auf Grund der voll bezahlten Beiträge und der fast unerschwinglichen Lebensmittelpreise, die ganz besonders markant bei Erkrankungen hervortreten. Der Verwaltung wurde für die geleistete Arbeit Anerkennung ausgesprochen. Nachdem Bericht über die Quartalsabrechnung vom 4. Quartal, wurde zur Neuwahl geschritten, doch nur für einen zum Militärl gekommenen Kollegen wurde ein anderer gewählt.

Hanau a. M. Die Mitgliedschaft Hanau ist durch den Krieg sehr zusammengeschmolzen. Aus diesen Gründen ist begrifflicherweise auch das Vereinsleben nicht durchzuführen, wie es in Friedenszeiten gehandhabt wurde. Aber trotzdem ist der Geist der Mitglieder ein guter. Große Schwierigkeiten hat der Vorstand, indem langjährige gewerkschaftliche Beiträge mehr zahlen wollen. Besonders die Zustimmung zum »Vaterländischen Hilfsdienstgesetz« hat das Maß voll gemacht, indem die freien Gewerkschaften für ein solches Gesetz stimmten. Daß die Erregung groß ist, beweist folgende einstimmige Entschließung unsern Kollegen: »Die Mitgliedschaft der Zahlstelle Hanau erhebt entschiedenen Protest gegen die Kriegspolitik der Gewerkschaftsvertreter im allgemeinen und insbesondere gegen die Leitung unseres Verbandes. Daß das arbeiterfeindliche Verhalten der Generalkommission auch von unserer Verbandsleitung unterstützt wird, zeigt der Inhalt der »Graphischen Presse«. Wir verurteilen auf das entschiedenste, daß das vor demut erwerbende Schreiben der Gewerkschaftsleitungen in Gemeinschaft mit Gegnern der freien Gewerkschaften an den Reichskanzler vom 16. Januar 1917 sowie an den Präsidenten des Kriegsamtes, als die Meinung der gewerkschaftlicher ausgegeben wird. Eine Urabstimmung würde darüber Klarheit schaffen. Weiter verurteilen wir die Stellungnahme der Gewerkschaftsleitungen und deren Vertreter im Reichstage zum Hilfsdienstgesetz, das den einfachsten gewerkschaftlichen Grundsätzen Hohn spricht. Durch die Zustimmung zu diesem Arbeitszwangsgesetz sind die Grundrechte der Gewerkschaften, die sie zu schützen hatten, kampfflos preisgegeben und somit die Arbeiterklasse dem herrschenden Gewalten und dem Unternehmertum ausgeliefert. Aus diesen Gründen können wir der Verbandsleitung nicht mehr das Vertrauen entgegenbringen, daß sie als Vertreter der Arbeitersache verdienten, und werden innerhalb des Verbandes, gemeinsam mit den Kollegen im Lande, die unsrer Auffassung sind, — dies ist eine große Zahl, — diesen Hauptvorstand bekämpfen und eine andere Verbandsleitung erstreben.

Stuttgart, Filiale I (Lithographen und Stein-drucker). Unsere dritte Kriegs-Generalversammlung fand am 20. Februar im Gewerkschaftshaus statt. Eingangs derselben ehrten die Anwesenden die im vergangenen Jahre gefallenen und verstorbenen fünf Kollegen. Aus dem Berichte des Vorsitzenden heben wir folgendes hervor. Wenn auch die Zahlstelle durch Einziehung der Mitglieder zum Kriegsdienst stark geschwächt ist, so konnten unsere Versammlungen doch fast regelmäßig abgehalten werden und erfreuten sich eines guten Besudes. Mit Genugtuung konnte festgestellt werden, daß der größte Teil unserer Soldaten dem Verbandsleben durch aufmerksames Verfolgen der »Graphischen Presse« reges Interesse entgegen bringt, was in vielen Hunderten von Karten und Briefen zum Ausdruck kam. Aus dem Kassenbericht war zu entnehmen, daß neben wiederholten Liebesgaben an die Soldaten (Zigarren und gute Kriegskarten), auch deren Familien ab und zu kleine Unterstützungen überreicht werden konnten. Die Mittel zu den Familienunterstützungen, etwa 2400 Mark, wurden durch freiwillige Sammlung aufgebracht. Für die Liebesgaben an die Soldaten, etwa 600 Mark, sowie für die Kriegsversicherungen bei der »Volksfürsorge« 575 Mark, kam die Lokalkasse auf. Auch in anderer Beziehung kann festgestellt werden, daß die »Daheimgebliebenen« nicht untätig sind. Wurde doch einstimmig eine Beitragserhöhung von 10 Pfennig zu Gunsten der Lokalkasse beschlossen. Wir sind somit in der Lage, aus lokalen Mitteln den erkrankten Kollegen pro Woche 3 Mark Zuschuß gewähren zu können. Beim Arbeitsnachweis waren über 100 offene Stellen gemeldet, die aber kaum zur Hälfte besetzt werden konnten. Wenn auch die Mehrzahl der arbeitssuchenden Kollegen sich an die Ordnung in Bezug auf Erkundigung einhalten ließen, kommt es immer wieder vor, daß zum eigenen Nachteil der Betreffenden dies versäumt wird. Selbst ein langjähriges Verwaltungsmittglied glaubte, daß derlei Bestimmungen nur für die »anderen« gemacht sind und trat eine Lebensstellung auf 2 bis 3 Wochen

an. Auf Vorhaltungen seitens der Verwaltung kehrte dieser »Kollege« dem Verbands-Rücken! Wenn auch unsere Reihen durch weitere Einberufungen noch mehr gelichtet werden, dürfen wir doch die Hoffnung aussprechen, daß der Stamm der Stuttgarter Lithographen und Steindruckler, die Filiale I auch fernerhin lebensfähig hält.

Die photomech. Fächer.

Schwachsinnige gesucht!

Tiefdruck, Kupferdruck fertigt als alleinige Spezialitäten, in anerkannt hervorragender Güte und doch sehr preiswert, unsere altbekannte Offizin. Der letzte Beweis unserer Überlegenheit usw. . . Berlin, S. 42. L. Angerer, Kunstanstalt. — Diese mit reichlichem Selbstlob versehene Anzeige fanden wir in der »Werkstatt der Kunst«. Wenn man als Kupferdrucker solche Anzeige liest, dann lächelt man still für sich und denkt auf Kunst reimt sich Dunst. Denn die Firma ist im Gewerbe bekannt, wegen ihrer künstlerischen Leistung freilich nicht gefürchtet. Aber auch bei den Gehilfen ist sie nicht unbekannt. Sie ist nicht im Tarif, sucht dauernd um Hilfskräfte; zweimal schon legten die Kupferdrucker dort die Arbeit nieder um den Kunststempel für immer zu verlassen. Das heißt, nicht gelernte Kupferdrucker, nach solchen hatte die Firma selten Verlangen. Sie begnügte sich bescheiden mit angelegerten Kräften, denen sie Löhne von 18-33 Mk. zahlte. Mit solchen Arbeitskräften erreicht die Firma auf Grund ihrer Lehrmethode »hervorragende Güte und Überlegenheit in der Arbeit.« Wer wagt wohl daran zu zweifeln.

Der kunstgewerbliche Stolz, der aus oben wiedergebener Anzeige leuchtet; weicht auffallender Weise einer geheimnisvollen Bescheidenheit, wenn die Kunstanstalt nach Arbeitskräften sucht. Es liegt ihr da scheinbar weniger daran, in Arbeiterkreisen das ganze Schwergewicht ihrer hervorragenden Arbeitsmethoden zur Geltung zu bringen. Dafür spricht folgende Anzeige, die wir in Nr. 11-12 des »Allgem. Anzeigers für Druckereien« fanden.

Kupferdrucker, auch ältere od. nicht ganz ausgelernte oder ausgespr. Kupferdrucker-Hilfsarb. mögl. i. Radier-Druck erf. gesucht nach Berlin für dauernd, wenn militärr., gegen hoch. Lohn b. entspr. Leist. Gefl. Angeb. m. Ang. bish. Tätigk. zun. schriftl. an M. Felten, Neu-Kölln, Bürkenstr. 13-14.

Anfangs glaubten wir es hier mit einer neuen Kunstanstalt zu tun zu haben; aber wie wir feststellen konnten ist es die Buchhalterin der Firma Angerer die im Namen der Firma sucht. Solche demütige Bescheidenheit der Firma, die ihren klangvollen Namen hinter beliebige Angestellte versteckt, ist rührend, aber auch zum mindesten originell. Wenn aber eine Firma nicht ganz ausgelernte Kupferdrucker sucht, dann besteht doch die Gefahr, daß unerfahrene veranlaßt werden könnten ihre Lehrstelle frühzeitig zu verlassen. Eine solche Wirkung würde das Gewerbe schwer schädigen, denn der junge Mensch könnte in dieser Firma weder für sein Ansehen noch für seine technischen Fertigkeiten etwas gewinnen. Noch origineller ist aber folgende Anzeige, die wir in der Morgenpost fanden.

Verwachsener oder etwas schwachsinniger Arbeiter findet dauernde, lohnende Beschäftigung, wenn sonst kräftig und zu jeder Arbeit willig. Kunstanstalt Wasserortstraße 59. Meldungen 11 1/2-12 1/2, auch Sonntags. —

Ist das der leise Anfang einer beginnenden Einsicht? Wenn wir auch vorläufig annehmen möchten, daß der Schwachsinnige nicht für den Kupferdruck ausgebildet werden soll, so paßt doch diese Anzeige vortrefflich zu dem, was wir bisher schon von dieser Firma gewöhnt waren. Wenn alle deutschen Firmen so eigenartig bescheiden wären, wir können uns nicht denken, daß dann jemals der Neid der andern Nationen auf uns erweckt worden wäre. Um solche Industrie hätte England sicher keinen Krieg geführt, außer den in Witzblättern.

Photogr. Mitarbeiter.

Das Schnellbild.

Die »Straßburger Post« brachte vor einiger Zeit ein Stimmungsbild über die Abfertigung des Publikums in einem »Miniatur-Atelier« eines Berliner Warenhauses. Uns interessieren die weniger bekannten üblichen Vorgänge während des Wartens nicht in dem Maße, wie das Provinzpublikum, dem diese hier skizziert werden. Das Miniaturbilder an der Kasse vorausbezahlt werden müssen, dürfte niemand verwundern und daß die Abfertigung nach Nummern vor sich geht, ist ordnungshalber zu verstehen. Dann aber stellt der Artikelschreiber der Arbeitsleistung des Aufnahme-Operateurs ein besonderes Zeugnis aus und das soll hier festge-

halten werden. Wir lassen deshalb dessen eigene Worte folgen, soweit sie für uns von Interesse sind. Er sagt: »Die Tür öffnet sich wieder. — Bitte Nummer 200-205. — Nach einer halben Stunde ist man endlich auch dran. Der junge Mann, der seit dem frühen Morgen schon über zweihundert Aufnahmen hinter sich hat, ist gar nicht müde oder aufgeregelt.« Daraus klingt die Verwunderung, daß der Operateur noch nicht ermüdet oder aufgeregelt ist, trotzdem er dem drängenden und eilenden Publikum stets mit Freundlichkeit entgegen kommen muß. — Nun ist aber der Operateur mit seinen zweihundert Aufnahmen noch lange nicht am Abschluß seiner Tagesleistung angelangt. Und nun diese Arbeitsleistung Tag für Tag. — Daß dies mit Kunst gewiß nichts mehr gemein haben kann, wird wohl jeder Urteilsfähige zugeben. — Deshalb hat man auch in der letzten Zeit alle möglichen sonst in den Warenhäusern vorhandenen Berufe, auch weibliches Personal, für diese Tätigkeit angelehrt. Für nach dem Kriege eröffnen sich hiernach die »schönsten« Aussichten, und auf lange Zeit dürften die Bemühungen der Fachkreise, geregelte Lehrverhältnisse herbeizuführen, gehemmt sein. Aber wie so oft, sind es die Berufangehörigen selbst, die ungelernetes Personal anlernen und sich dadurch die eigenen Verhältnisse verschlechtern. Die Arbeitsleistung wird gesteigert, die Nerven werden schneller verbraucht, und die Entlohnung gedrückt werden. Das ist immer mehr die Aussicht der Gehilfenschaft nach dem Kriege, wenn sie sich nicht zur Abwehr zusammenfindet. Daran ändert auch eine gelegentliche lobende Anerkennung in einem Provinzblatte nichts. W. H.

Adressen-Aenderungen.

- Nachtrag zum Adressen-Verzeichnis der Auskunftsenteiler (siehe Graphische Presse Nr. 6.)
- Barmen: Alb. Cramer von Clausbruch, Coltenbuschstraße 24.
- Brandenburg a. H.: Paul Grüneberger, Kurstr. 31, III.
- Chemnitz: Felix Weiß, Reichenhainerstr. 16, I.
- Eilenburg: Auskunft wird erteilt durch unser Verbandsbureau in Leipzig, Zeitzerstr. 32, III.
- Einbeck (Hannover): Rob. Schmidt, Tidexerstr. 11.
- Fürth i. Bayern: Fritz Greiner, Nürnbergerstr. 158.
- Halberstadt: Josef Charnet, Lazarettstr. 39, I.
- Plauen i. Vogtl.: Hermann Taubert, Leißnerstr. 64, I.
- Würzburg: Wilhelm Pickel, Vincentinumstr. 15, III.

Opfer des Krieges.

Tote: 1915.

Kollege Franz Opitz, Steindruckler aus Neurode, geb. am 16. November 1890, Mitglied seit 1910, fand am 2. September 1915 seinen Tod.

Kollege Richard Steiner, Steindruckler aus Neurode, geb. am 20. April 1884, Mitglied seit September 1902, starb beim Militär am 15. Dezember 1915 an Herzschlag.

1916.

Kollege Berthold Schneider, Lichtdrucker, zuletzt in Göppingen, geb. am 3. April 1890 in Wölkershausen bei Heldburg, Mitglied seit April 1908, fiel am 1. Juli 1916.

Kollege Walther Schenk, Notendrucker aus Leipzig, geb. am 9. Januar 1889, Mitglied seit April 1906, ist am 30. Juli gefallen.

Kollege Adam Weigel, Steindruckler aus Nürnberg, geb. am 8. Februar 1889, Mitglied seit August 1906, fand seinen Tod am 10. September.

Kollege Franz Urbanek, Lithograph aus Kattowitz, geb. am 6. Juli 1896 in Josefstadt i. Schl., Mitglied seit März 1914 (in der Lehrlingsabteilung seit 1912), fiel am 15. Oktober durch Kopfschuß.

Kollege Kurt Köhler, Lithograph, zuletzt in Jena, geb. am 24. Juli 1891 in Mittelbad b. Chemnitz, Mitglied seit Juni 1911, erkrankte im Heeresdienst und starb im Oktober an fieberhaftem Magen- und Darmkatarrh.

Tote:

Kollege Ernst Wagner, Steindruckler aus Kaufbeuren, geb. am 25. April 1896, Mitglied seit März 1914 (in der Lehrlingsabteilung seit 1910), ist am 21. Oktober gefallen.

Kollege Rudolf Wolf, Negativ-Retuscheur, zuletzt in Cöln a. Rh., geb. am 29. Juni 1894 in Olzsch b. Leipzig, Mitglied seit April 1912 (in der Lehrlingsabteilung seit 1909), fiel am 15. November.

Kollege Bruno Rumberg, Steindruckler, zuletzt in Stuttgart, geb. am 15. März 1892 in Dobritz b. Meissen, Mitglied seit 1910 (in der Lehrlingsabteilung seit 1908), ist im November im Reserve-Lazarett zu Lüdenscheid gestorben.

Kollege Joseph Hölzl, Chemigraph aus München, geb. am 12. Mai 1886, Mitglied seit Oktober 1904, fand seinen Tod am 30. November.

Kollege Paul Müller, Steindruckler aus Berlin, geb. am 20. November 1889, Mitglied seit April 1908, fiel am 6. Dezember.

Kollege Ignaz Steber, Steinschleifer aus Kaufbeuren, geb. am 24. August 1878, Mitglied seit Februar 1898, ist am 23. Dezember gestorben.

1917.

Kollege Fritz Thiemann, Steindruckler aus Aschersleben, geb. am 27. November 1881, Mitglied seit Oktober 1901, fand seinen Tod am 26. Januar 1917.

Tote:

Kollege Emil Schultze, Steindruckler aus Berlin, geb. am 5. März 1887, Mitglied seit 1905, fiel am 5. Februar.

Kollege Ernst Kleemann, Lithograph aus Leipzig, geb. am 3. September 1874 in Gera, Mitglied seit 1893, ist am 9. Februar gefallen.

Kollege Josef Sieber, Steindruckler aus Nürnberg, geb. am 18. Januar 1880, Mitglied seit Juli 1898, fand seinen Tod am 9. Februar.

Kollege Otto Schröder, Steindruckler aus Erfurt, geb. am 19. September 1885, Mitglied seit Oktober 1907, starb am 13. Februar im Garnison-Lazarett in Erfurt an einer sich im Felde zugezogenen Lungenentzündung.

Kollege Erich Belitz, Steindruckler aus Berlin, geb. am 7. Oktober 1894, Mitglied seit September 1912 (in der Lehrlingsabteilung seit 1908), starb am 16. Februar an einer sich im Heeresdienst zugezogenen Lungenkrankheit.

Kollege Oskar Böttcher, Steindruckler aus Berlin, geb. am 23. Oktober 1893, Mitglied seit 1912, ist am 21. Februar im Lazarett zu Reddinghausen an Lungenentzündung gestorben.

Ehre ihrem Andenken!

Stellenangebote

Tüchtiger

Metallkopierer

per sofort bei gutem Lohn gesucht. Stellung dauernd.

August Schuler, chemigr. Kunstanstalt, Stuttgart, Mozartstraße 51.

Tüchtiger

Positivretuscheur

wird von A. Krampolek, k. u. k. Hof-Photochemigraph, Wien IV/2, gesucht. Gefällige Angebote nebst Zeugnisschriften, Gehaltsansprüchen und raschesten Dienstantrittstermin erbeten.

Tüchtige

Farb- und Schwarz-Atzer

per sofort bei gutem Lohn gesucht! Stellung dauernd.

August Schuler, chemigr. Kunstanstalt, Stuttgart, Mozartstraße 51.

Andrucker und Nachschneider

für Strich und Autotypie für dauernde Stellung gesucht.

Albert Frisch, Berlin W 35, Lützowstraße 66.